

# Gemeinsame Presseinformation

15.08.2024

## „Was Sachsen jetzt braucht!“

### **Gemeinsame Presseinformation der VSW und des Sächsischen Landkreistages**

Die zehn sächsischen Landräte und das Präsidium der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft haben heute in einer gemeinsamen Sitzung in Radebeul ihre zentralen wirtschaftspolitischen Positionen formuliert. Unter der Überschrift „Was Sachsen jetzt braucht!“ ist ein Papier mit zehn Forderungen entstanden, die für eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Sachsen erfüllt sein müssen. Landräte und Unternehmer sind sich einig, dass insbesondere die mittelständische Wirtschaft als Grundlage für den Wohlstand unseres Landes gestärkt werden muss. Neben der Forderung nach einer klaren Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben, einem Abbau von Überregulierung und Bürokratie, sind vor allem auch die Energiepolitik, die Bildungspolitik und die Zuwanderungspolitik im Fokus.

Der **Präsident des Sächsischen Landkreistages, Landrat Henry Graichen**, betont: „Wir brauchen ein schnelles Umsteuern in Richtung einer wachstumsfördernden Politik. Freiheit und Vertrauen in unsere Unternehmen und Kommunen sind das Gebot der Stunde. So müssen Aufgabenstandards des Landes und vor allem des Bundes, welche die Handlungsfähigkeit der Landkreise gefährden, begrenzt und zurückgeführt werden. In der Energiewende muss es gelingen, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und Kosten so zu vereinen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der sächsischen Wirtschaft erhalten bleibt. Die gesamte Politik muss sich wieder darauf ausrichten, dieses Land stark zu machen.“

Der **Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW), Dr. Jörg Brückner**, ergänzt: „Die kommende Legislaturperiode muss genutzt werden, um wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen und durch eigene Leistung den Erhalt des Wohlstands zu sichern. Die zahlreichen Herausforderungen und Krisen der vergangenen fünf Jahre zeigen bereits den Änderungsbedarf auf. Weitere, heute noch unbekannte Herausforderungen und Krisen werden dies noch deutlicher machen. Daher bedarf es eines neuen Anfangs, einer veränderten Prioritätensetzung sowie einer Politik, die von Solidität und finanzpolitischer Nachhaltigkeit geprägt ist. Tägliche neue Diskussionen um Sondervermögen oder gar die Abschaffung der Schuldenbremse vernebeln den Blick auf eine einfache Tatsache: Die Steuereinnahmen steigen – wenn auch langsamer als von manchem gewünscht – dank der wertschöpfenden Wirtschaft in diesem Land. Wir haben daher kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem! Wir werden daher genau darauf achten, dass eine solide Finanzpolitik wieder zum Markenzeichen sächsischer Politik wird.“

**Pressekontakt:**

**Sächsischer Landkreistag**

Veronika Müller  
Stellvertretende Geschäftsführerin  
Käthe-Kollwitz-Ufer 88  
01309 Dresden  
Tel. 0351 3180121  
[slkt@lkt-sachsen.de](mailto:slkt@lkt-sachsen.de)

**Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)**

Carsten Büttner  
Leiter Büro Präsident / Hauptgeschäftsführer  
Bautzner Straße 17  
01099 Dresden  
Tel. 0351 25593-25  
Mobil 0173 5608866  
[carsten.buettner@hsw-mail.de](mailto:carsten.buettner@hsw-mail.de)

## WAS SACHSEN JETZT BRAUCHT!

Sachsen steht vor einer Wahl, die die Zukunft unseres Landes maßgeblich beeinflussen wird. Sowohl die kommunale Ebene als auch die sächsische Wirtschaft sind auf Stabilität und Zuverlässigkeit angewiesen, um langfristig erfolgreich sein zu können.

Wirtschaftspolitik fügt sich zu oft als ein Politikfeld von vielen in das politische Gesamtbild ein. Es wird insofern ein Paradigmenwechsel benötigt, denn auf der Wirtschaft und der von ihr erzeugten Wertschöpfung basiert alles, was unsere Gesellschaft ausmacht: Arbeit, Einkommen, Innovationen aller Art, Steuereinnahmen und damit die Grundlage für Soziales, Sicherheit, Kultur, Sport und vieles mehr. Der Wert der Wirtschaft für eine funktionierende Gesellschaft muss viel stärker als bisher in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir werben gemeinsam für ein positives Unternehmerbild. Unternehmen sichern die Grundlage für den Wohlstand unseres Landes, schaffen Beschäftigung für unsere Bevölkerung und sorgen mit ihren Lösungen erst dafür, dass wichtige Herausforderungen gemeistert werden können.

Kommunen, Landkreise und Unternehmen sitzen in ein und demselben Boot. Es braucht daher politisch Verantwortliche, die sich dieses Themas mit der nötigen Entschlossenheit annehmen. Dies darf allerdings nicht mittels kleinteiliger Regulierungseingriffe erfolgen, sondern muss durch das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen gelöst werden.

Nicht zuletzt dank einer klugen Wirtschaftspolitik nach der Wiedervereinigung gehört der Freistaat Sachsen heute wieder in vielen Bereichen der Wirtschaft, der Bildung, der Forschung und der Kultur zur Spitze. Doch wir sind noch längst nicht überall dort angekommen, wo wir uns nach unserem historischen Selbstverständnis selbst verorten. Es müssen grundsätzlich größere Anstrengungen unternommen werden, dass die in unserem Land tausendfach entstandenen und inzwischen gewachsenen Unternehmen stabil bleiben und weiter wachsen können, mit eigenen Produkten und Dienstleistungen aufgrund betrieblicher Entwicklungserfolge. Nur so kann die noch immer bestehende volkswirtschaftliche Produktivitätslücke geschlossen werden.

Die kommende Legislaturperiode muss genutzt werden, um wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen und mit eigener Leistung den Erhalt unseres Wohlstandes zu sichern. Die zahlreichen Herausforderungen und Krisen der vergangenen fünf Jahre zeigen schon den Änderungsbedarf. Weitere, heute noch unbekannte Herausforderungen und Krisen werden dies noch deutlicher machen.

Wir brauchen einen neuen Anfang, eine andere Prioritätensetzung sowie eine Politik geprägt von Solidität und finanzpolitischer Nachhaltigkeit, welche insbesondere auch den Kommunen künftig mehr Luft zum Atmen lässt und eine neue Dynamik des wirtschaftlichen Aufbruchs ermöglicht. Soviel Staat wie nötig, so viel Eigenverantwortung des Einzelnen wie möglich – das muss die Handlungsmaxime der neuen Sächsischen Staatsregierung werden.

Was Sachsen jetzt braucht:

## 1. Fokussierung des Staates auf seine Kernaufgaben und Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand

Es bedarf einer grundsätzlichen Neuausrichtung in den politischen Zielstellungen: Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben **innere Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit** konzentrieren. Zukünftig dürfen keine neuen Leistungsgesetze, Standards, Berichts- und Nachweispflichten mehr auf den Weg gebracht werden. Im Gegenteil: es bedarf eines konsequenten Abbaus von Bürokratie und einer Rückführung von Standards.

Es muss rechtlich abgesichert werden, dass für eine neue Regelung mindestens eine alte Norm, besser zwei alte Vorschriften, gestrichen werden. Regelungen und insbesondere bestehende Leistungsgesetze müssen sich in der Praxis erst bewähren und sind deshalb konstruktiv-kritisch zu begleiten und grundsätzlich in ihrer Gültigkeit zu befristen.

Ein wichtiger erster Schritt ist, dass Sachsen keine über Bundes- oder EU-Recht hinausgehenden Berichts- und Nachweispflichten schafft. Darüber hinaus sollten die bis zu einem Stichtag nicht beschiedenen Anträge grundsätzlich als genehmigt gelten, um den Firmen Planungssicherheit zu geben. Bürokratieabbau ist ein **kostenloses Konjunkturprogramm** – und das sollte für alle Entscheider ein großer Anreiz sein, hier endlich beherzt zu handeln. Alles, was dem Ziel des Bürokratieabbaus zuwiderläuft, wie die Diskussion um eine Reform des sächsischen **Vergabegesetzes**, lehnen wir entschieden ab.

In der sächsischen Finanzpolitik ist eine deutliche Umsteuerung erforderlich. In den vergangenen Jahren wurden die Ausgaben in immer neue Höhen getrieben sowie der Anteil der Personalausgaben stark erhöht. Benötigt wird unverzüglich eine umfassende Aufgabenkritik und deren Priorisierung durch die Staatsregierung und die Beschränkung auf die Kernaufgaben. Die zahlreichen Parallelstrukturen aus Agenturen, Zentren und Instituten mit teils redundanten Aufgaben sind kritisch zu hinterfragen.

**Der Dreiklang sächsischer Finanzpolitik aus niedriger Verschuldung, hohen Investitionen und Konsolidierung muss wieder Maßstab sächsischer Politik in den kommenden Jahren sein.** Eine Abschaffung der in der sächsischen Verfassung verankerten **Schuldenbremse** verbietet sich.

Die Steuereinnahmen bewegen sich auf Rekordniveau – Sachsen hat **kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem!** Wir fordern daher eine kontinuierliche **Senkung der Verwaltungsstellen** (Kommunen und Freistaat), die sich an der erwarteten Schrumpfung der sächsischen Erwerbsbevölkerung orientiert und eine Reduzierung um **mindestens 15.000 Stellen bis 2040** vorsieht. Der Generationenfonds ist auskömmlich mit Mitteln auszustatten und darf keinesfalls zur kurzfristigen Stopfung von Haushaltslöchern missbraucht werden.

## 2. Sachsens Mittelstand erhalten!

Sachsen lebt vom Mittelstand – im Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Gewerbe und der Industrie. Er sichert die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Produkten und Dienstleistungen, er schafft die allermeisten Arbeits- und Ausbildungsplätze – auch fern der Metropolen im ländlichen Raum und finanziert ganz wesentlich mit seinen Steuern und Sozialabgaben Staat und Gesellschaft.

Mittelständische Unternehmen brauchen die gleiche Zuwendung wie die Großunternehmen, welche ohne den Mittelstand ihr Geschäft nicht erfolgreich betreiben könnten. Viele tausend Unternehmen stehen vor der Übernahme an die nächste Generation. Deren Fortbestand muss Aufgabe Nr. 1 der Landespolitik im Bereich der Wirtschaft sein, da sonst immer mehr höchst produktive Betriebe schließen werden. Es geht nicht um Fördermittel, es geht um substanzerhaltende und wachstumsfördernde Rahmenbedingungen, es geht darum, Unternehmensnachfolgen so einfach wie möglich zu machen.

Die neue Staatsregierung ist aufgefordert, unverzüglich eine Bundesrats-Initiative zu starten, die zum Ziel hat, eine **Erbschaftssteuerreform** anzustreben. Diese muss dabei helfen, den Mittelstand zu erhalten. Bei Unternehmensübergaben muss es zur Vorzugsvariante werden, dass die nächste Generation die sonst fällig werdende Erbschaftssteuer im Betrieb investiert. Diese Lösung könnte wesentlich helfen, den Mittelstand zu stärken und somit für den Staat verlässlich zukünftige Steuereinnahmen zu sichern.

## 3. Zuwanderung ja, aber zielgenau

Sachsen wird seit Jahrhunderten von Menschen wesentlich mitgeprägt, die zugewandert sind. Bergleute, Wissenschaftler, Unternehmer, Ärzte und Künstler – die Liste der weltberühmten und auch weniger berühmten Persönlichkeiten ist lang. Alle haben mit ihren Leistungen einen wertvollen Beitrag zum Aufblühen Sachsens geleistet. Und auch früher war Sachsen schon ein Land, das neben Zuwanderern auch Flüchtlinge aufgenommen hat. Für eine seriöse Migrationsdebatte muss aber zunächst klar zwischen der qualifizierten Zuwanderung von Fachkräften und der ungesteuerte Asylumigration unterschieden werden. Die Vermengung hilft nicht.

Fakt ist, dass Sachsen bis 2035 rund 400.000 Arbeitskräfte verlieren und entsprechend viele Rentner mehr haben wird. Im Saldo ist das etwa jeder fünfte Erwerbstätige. Die resultierende Lücke lässt sich mit einer qualifizierten Zuwanderung teilweise schließen, wenn die Bedingungen so sind, dass die Leistungsträger Deutschland und auch Sachsen auswählen. Doch im Gegensatz zur Fluchtmigration ist **Deutschland für qualifizierte Fachkräfte ein wenig attraktives Ziel**: langwierige bürokratische Anerkennungsverfahren und im internationalen Vergleich niedrigere Nettolöhne infolge hoher Steuern und Abgaben schrecken viele derjenigen ab, die sich vorstellen könnten, hier zu leben und zu arbeiten. Deshalb braucht es ein zügiges und standardisiertes Verfahren zur Prüfung und **Anerkennung von Berufsabschlüssen** und eine Finanzreform, die

zu einer deutlich **verringerten Steuer- und Abgabenbelastung** der Löhne aller Leistungsträger (jener, die hier arbeiten und auch für die zu gewinnenden Fachkräfte) führt. Für eine Klärung und Umsetzung auf Bundesebene muss sich die künftige Staatsregierung entsprechend einsetzen. Nur wenn die Bedingungen in Sachsen stimmen, kann sich der Freistaat als attraktiver Standort für qualifizierte Fachkräfte präsentieren.

Gleichwohl sind es seit einigen Jahren nicht die dringend benötigten Fachkräfte, sondern **Geringqualifizierte, die in großer Zahl und weitgehend ungesteuert ins Land kommen**. Sachsen muss an geeigneter Stelle, etwa über den Bundesrat und die Ministerpräsidenten- sowie Innenministerkonferenzen, auf dringend notwendige **Änderungen in der Zuwanderungspolitik** hinwirken. Die Priorität muss dabei auf die **Sicherung der europäischen Außengrenzen** und die konsequente Abschiebung von nicht-bleibeberechtigten Menschen und Straftätern gesetzt werden – nur so kann das Vertrauen wiederhergestellt werden und langfristig die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Entscheidungen gelingen. Zudem müssen die **Sozialleistungen** in Deutschland wieder auf das zurückgeführt werden, wofür sie einst geschaffen wurden: als temporäre Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe bei einem klaren Eigenbeitrag des Einzelnen für die Gesellschaft. Damit würde zudem eine Angleichung der Sozialleistungen an europäische Standards erfolgen, wodurch ein Wettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten vermieden werden würde.

#### 4. Wohlstandssicherung mit weiterer Arbeitszeitverkürzung nicht möglich

Der Freistaat kann nicht darauf hoffen, dass zur **Erhaltung des Wohlstandniveaus** ausreichend qualifizierte Fachkräfte nach Sachsen kommen. Ohne mehr Eigenleistung wird es nicht gehen. Deshalb muss dem Irrglauben entgegengetreten werden, dass mit immer weniger Anstrengung und Leistung ein mehr an Sicherheit und Wohlstand möglich sei. Es ist von zentraler Bedeutung, dass das vorhandene Arbeitskräftepotenzial deutlich stärker ausgeschöpft wird. Der Wert der Arbeit muss wieder eine größere Bedeutung in unserem Gemeinwesen einnehmen. Neben der Flexibilität der Arbeitswelt bedarf es dafür stärkerer Anreize für die leistungsbereiten Menschen in unserer Gesellschaft. Wer fleißig ist, muss für seinen Einsatz auch belohnt werden, indem er deutlich bessergestellt wird, als jene, die nicht arbeiten.

Entgegen der Rufe nach einer 4-Tage-Woche und weiteren Reduzierungen der Arbeitszeit, wie beispielsweise ein 5-tägiger „Bildungsurlaub“ oder die im Bund diskutierte „Familienstartzeit“, muss das **Verständnis über den Zusammenhang von Fleiß und Wohlstand** vertieft werden. Jegliche arbeitszeitreduzierenden Maßnahmen sind abzulehnen. Vorhandene Regelungen, wie die Rente mit 63, die Ausweitung der bedingungslosen Teilzeitmöglichkeiten und die Absenkung der Vollzeitarbeitszeit auf 39 Stunden im öffentlichen Dienst gehören auf den Prüfstand. Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sollten vorzugsweise in Vollzeit erfolgen. Die **40-Stunden-Woche** wird wieder zum neuen Normal werden müssen. Je eher dieser Prozess eingeleitet wird, umso eher werden sich die vielfältigen Probleme und Defizite bewältigen lassen.

## 5. Sicherung von Sachsens Vorsprung in der Bildung

Sachsen hat das beste Bildungssystem Deutschlands mit besonders hohen Qualitätsstandards an den Schulen. Der **MINT-Schwerpunkt** im Schulsystem ist richtig gesetzt. Zukünftig müssen aber auch Grundlagen der Wirtschaft einen viel größeren Stellenwert in den Lehrplänen erhalten. Dazu muss deutlich mehr wirtschaftliches Grundwissen vermittelt werden – Kalkulationen, Buchhaltung und Kostenrechnungen sowie Grundlagen des Geschäftslebens (Verträge u. ä.) sollten von Schülern beherrscht werden.

Mit dem Abgang geburtenstarker Jahrgänge bei den Lehrkräften und gleichzeitig steigenden Schülerzahlen steht jedoch eine bildungspolitische Herausforderung an. Dem Lehrermangel ist durch die **Entlastung der Lehrkräfte von unterrichtsfremden Tätigkeiten** sowie dem **Abbau von Teilzeit** und **Anreize für einen späteren Renteneintritt** zu begegnen (z.B. eine steuerliche Vergünstigung von Verdiensten, die nach Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters erzielt werden). Die wachsenden Karrieremöglichkeiten in der Wirtschaft lassen **keine Ausdünnung des Netzes an Berufsschulen** zu. Eine gute Berufsausbildung vermittelt die mit der Digitalisierung von Prozessen verbundenen Änderungen in den Unternehmen auch im schulischen Ausbildungsteil. Dafür bedarf es sowohl einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung durch den Freistaat als auch der Kooperation mit den Unternehmen. Bildung fängt nicht erst in der Schule an. Deshalb sollte auch der **Einsatz öffentlicher Gelder für die Kindertagesstätten noch konsequenter auf die frühkindliche Bildung und Erziehung** konzentriert werden.

## 6. Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit in der Energiepolitik

Ziel der politisch forcierten deutschen Energiewende muss sein, den Zielkonflikt zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zu lösen. Mit den nahezu gleichzeitigen Entscheidungen zum Ausstieg aus Kernkraft und Kohleverstromung sowie dem Wegfall aus Russland kommender Energieträger wird diese Zielstellung aktuell nicht erfüllt. Die aktuelle Energiepolitik untergräbt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und sächsischen Wirtschaft.

**Die Energie- und insbesondere die Strompreise müssen drastisch gesenkt werden!** Dazu muss sich die sächsische Regierung im Bund für die Angebotsausweitung der grundlastfähigen Stromproduktion einsetzen. Die Stromsteuer muss für alle Verbrauchsgruppen auf das europäische Minimum von 0,05 Cent/kWh abgesenkt werden. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen müssen die Wahl der Technologie bestimmen. Dazu gehört auch, dass Absprachen, die im gesellschaftlichen Konsens getroffen worden sind (wie bspw. die Kohleverstromung bis 2038), eingehalten werden müssen.

Neben dem Ausbau der grundlastfähigen Stromproduktion müssen auch die Versäumnisse im Netzausbau kosteneffizient und zügig aufgeholt werden. Dazu muss der vom Freistaat eingeschlagene Weg im Bundesrat beim Bau von Überlandleitungen konsequent fortgegangen

werden. Außerdem muss sich der Freistaat für verbrauchsspezifische Netzentgelte einsetzen. Die Kosten des Netzausbaus müssen vor allem die Bundesländer tragen, welche viel Strom aus anderen Regionen beziehen und nicht bereit sind, genug eigene Erzeugungskapazitäten aufzubauen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat überall dort einen nachhaltigen Erfolg, wo diese Energieträger einen tragfähigen wirtschaftlichen Beitrag leisten können.

## 7. Für eine Verkehrspolitik, die ganz Sachsen stärkt

Es bedarf einer dringenden Überprüfung der finanziellen Ausgaben des Freistaates im Bereich Verkehr. Die derzeitige Finanzierung der ÖPNV-Ausgaben ist unzureichend und dem verfolgten Ziel einer Mobilitätswende nicht angemessen. Die Finanzierung des ÖPNV ist stärker an den tatsächlichen Kostenentwicklungen, Anforderungen und Erlöspotenzialen auszurichten und neu zu strukturieren. Mangel und Verschwendung liegen oft nah beieinander. Der Freistaat subventioniert den defizitären Flughafen Dresden jährlich mit hohen Millionenbeträgen. Sinnvoller wäre hingegen die Sicherstellung einer adäquaten **Anbindung aller sächsischen Regionen an die Flughäfen Leipzig, Berlin und Prag** und eine **Umnutzung des Flughafens Dresden**. Besonders dringlich ist die Anbindung der Region Chemnitz/Südwestsachsen an den hochwertigen ICE-Schienerfernverkehr. Diese kann nur durch einen unverzüglichen **vollständigen zweigleisigen Ausbau und eine Elektrifizierung der Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig** erfolgen. Der Freistaat muss im Bund den Druck erhöhen, damit die seit Jahrzehnten aufgeschobene durchgängige **Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale** endlich Wirklichkeit wird.

Darüber hinaus muss der Fokus auf die Verkehrsachse **Dresden-Görlitz** gelegt werden. Eine Elektrifizierung der Schienenstrecke zwischen Dresden und Görlitz sowie der sechsspurige Ausbau der A4 bis nach Görlitz dürfen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden, denn seit der EU-Osterweiterung ist das Verkehrsaufkommen auf der Strecke massiv gewachsen.

Die sächsische Wirtschaft braucht moderne Angebote für den Güterverkehr. Zur Entlastung der Autobahnen gehört die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene ganz nach oben auf die Prioritätenliste. Die nächste Staatsregierung muss über ihren Verkehrsminister diese Aufgabe sofort anpacken, um die Sicherheit der Versorgung von Bürgern und Wirtschaft zu sichern, u. a. mit ausreichenden Güterverkehrszentren und regionalen Verladestationen in ganz Sachsen.

Der Erhalt der Straßeninfrastruktur als Rückgrat der Mobilität im ländlichen Raum muss in den kommenden Jahren ein Investitionsschwerpunkt sein. Dazu sind die Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung an Bundes- und Staatsstraßen entsprechend der Baupreissteigerung zu dynamisieren. Das Kommunalbudget für Straßeninvestitionen ist zu entfristen und ebenfalls zu dynamisieren. Gleiches gilt für die Instandsetzungs- und Unterhaltungsmittel.



Um das bestehende System zu erhalten, muss der Freistaat für eine auskömmliche Finanzierung des Öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sorgen. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel müssen vollständig an die ÖPNV-Zweckverbände weitergereicht und ggf. um Landesmittel ergänzt werden.

## 8. Soziale Standards gehören auf den Prüfstand

Die Landkreise und die VSW sind der Überzeugung, dass nur ein aktivierendes Sozialsystem ein selbstbestimmtes Leben des Einzelnen sichert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität untereinander fördert. Gerade die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es den Sozialstaat überfordert, wenn er durch ein immer stärker ausgeprägtes Netz an Sozialleistungen auf die ständig ansteigende Vielfalt von Bedürfnissen reagieren muss.

Deshalb müssen die sozialen Standards, die vor allem in der jüngeren Vergangenheit stark ausgebaut wurden, auf den Prüfstand. Sie müssen auf ein Maß zurückgefahren werden, das finanziell leistbar ist und gleichzeitig das Prinzip von Fördern und Fordern unterstützt.

Es dürfen keine neuen Standards vom Bund auf die kommunale Ebene übertragen werden. Anderenfalls ist für einen vollständigen Kostenausgleich zu sorgen. Die sich aus den Sozialstandards ergebende Finanzierungslast der Landkreise muss reduziert werden, indem sich der Freistaat strukturell an der Finanzierung der kreislichen Soziallasten beteiligt, die in den diversen sozialen Hilfearten immer weiter aufwachsen. Zur technischen Umsetzung sollte sich der Freistaat an den kommunalen Nettoausgaben für die Eingliederungshilfe beteiligen. Adressat müssen die Landkreise und Kreisfreien Städte sein.

Aus Sicht der Landkreise bedarf es einer zukunftsorientierten Stärkung der vorrangigen Leistungen der Sozialversicherungssysteme. Sie müssen so reformiert werden, dass sie den Menschen wieder den notwendigen Schutz vor existenzbedrohenden Risiken (z. B. Pflegefall, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit) bieten können und sich der Staat hier auf seine Kernaufgaben beschränken kann.

## 9. Digitalisierung für Sachsen voranbringen

Wenn Rationalisierungspotenziale der Digitalisierung in der Verwaltung ausgeschöpft werden, sind weniger Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst gebunden. Zum einen kann so der Anteil wertschöpfend Beschäftigter gesteigert werden. Zum anderen werden die öffentlichen Kassen entlastet, denn Personalkosten verzehren einen Großteil der Staatsausgaben. Daher fordern wir zunächst einen klaren **Fahrplan für die Digitalisierung von Verwaltungsakten** mit Vorfahrt für wertschöpfungsrelevante Tätigkeiten. Im Rahmen dieses Fahrplans gibt die Festlegung jährlicher digitaler Ausbauziele Verbindlichkeit. Des Weiteren muss die Anpassung von Prozessen an die neuen Möglichkeiten durch **KI, Automatisierung und Dunkerverarbeitung** einen Schwerpunkt der kommenden Jahre bilden.

Voraussetzung für ein effizientes behörden- und länderübergreifendes Datenmanagement sind moderne Register. Diese werden sowohl beim Bund, als auch bei den Ländern und Kommunen benötigt. Aus Sicht der Landkreise ist die Registermodernisierung neben dem Online-Zugangsgesetz eines der bestimmenden Themen für die Verwaltungsdigitalisierung.

Hierfür muss eine dauerhafte Finanzierung für die Umsetzung, den laufenden Betrieb und für Anpassungen der Register-IT sowie der angebotenen Fachverfahren gesichert werden.

## 10. Förderung mit Strategie und Sachbezug

Bundes- und EU-Förderung konzentriert sich auf sehr große Unternehmen. Fokusbranchen, wie die Mikroelektronik, erreichen teilweise Förderquoten von bis zu 50 Prozent. Gleichzeitig müssen etablierte mittelständische Unternehmen aus Sachsen bei Teilaspekten der Investitionsförderung Tarifbindung bzw. tarifähnliche Bezahlung nachweisen. Bei der finanziellen Unterstützung von Unternehmen sollte, vollkommen unabhängig von Unternehmensgröße oder Geschäftsfeld, ein Gleichbehandlungsgrundsatz gelten.

Arbeitsmarktindikatoren, wie Arbeitsplatzschaffung und Tarifbindung, sind angesichts des Fachkräftemangels nicht mehr zeitgemäß. Große, internationale Konzerne zeigen, dass Tarifbindung nicht der einzige Garant für ein attraktives Lohnniveau und „gute Arbeit“ ist. Deshalb treten wir für die Verfolgung eines auf **Innovations- und Exportfähigkeit** sowie die **Ansiedlung zentraler Funktionen** (z.B. strategisches Management, FuE) ausgerichteten Ansatzes ein. Damit werden vor allem jene Unternehmen gefördert, welche regionalwirtschaftliche Wachstumsimpulse setzen. Sachsens dichtes Netz an öffentlichen FuE-Einrichtungen muss zu mehr Kooperation mit der regionalen Wirtschaft angehalten werden. Dies gilt es auch durch unabhängigen Sachverstand kritisch zu prüfen und im Bedarfsfalle die öffentliche Förderung entsprechend anzupassen.

Zur Wirtschaftsförderung trägt auch ein umfassendes kommunales Investitionsprogramm bei. Dabei sind komplizierte Zuwendungsverfahren zu vermeiden. Zur Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung sollten die Mittel den Landkreisen in Form von Regionalbudgets übertragen werden und im Wesentlichen mit Pauschalen umgesetzt werden.

Dresden, den 15.08.2024